

# Kurzinformationen

## Glaubenskongregation bekräftigt Nein zur Priesterweihe von Frauen

Die Lehre, daß die Kirche nicht die Vollmacht hat, Frauen die Priesterweihe zu spenden, gehört zum verbindlichen Glaubensgut der Kirche („depositum fidei“). Diese Position hat die Glaubenskongregation im Anschluß an das im Mai 1994 veröffentlichte Apostolische Schreiben „*Ordinatio Sacerdotalis*“ Johannes Pauls II. (vgl. HK, Juli 1994, 355 ff.) in einer vom Papst gebilligten *Erklärung vom 28. Oktober* bekräftigt. Diese Lehre, so die Glaubenskongregation in ihrer am 18. November veröffentlichten Erklärung, erfordere eine „endgültige Zustimmung“, weil sie, „auf dem geschriebenen Wort Gottes gegründet und in der Überlieferung der Kirche von Anfang an beständig gewahrt und angewandt“, vom ordentlichen und universalen Lehramt unfehlbar vorgetragen worden sei. Mit ihrer Äußerung reagiert die Glaubenskongregation auf die Diskussion nach der Veröffentlichung von „*Ordinatio Sacerdotalis*“: Der Papst hatte in seinem Schreiben erklärt, alle Gläubigen der Kirche hätten sich endgültig an das Nein zur Priesterweihe von Frauen zu halten. In einem erläuternden Text zur Erklärung der Glaubenskongregation, der mit ihr veröffentlicht wurde, ist von „einigen Gläubigen“ die Rede, die im Ausschluß der Frauen von der Priesterweihe eine Diskriminierung der Frau sähen oder „*Ordinatio Sacerdotalis*“ entgegenhielten, aus der Offenbarung ergebe sich nicht, daß der Ausschluß der Frauen von der Priesterweihe Wille Christi für seine Kirche sei. Demgegenüber heißt es in den erläuternden Bemerkungen, der „definitive und unfehlbare Charakter“ der Lehre vom Ausschluß der Frauen von der Priesterweihe ergebe sich nicht aus dem Apostolischen Schreiben Johannes Pauls II. In seinem Schreiben habe der Papst eine immer zum Glaubensgut gehörende Lehre im Blick auf die aktuelle Dis-

kussion in einer förmlichen Erklärung bekräftigt: „In diesem Fall attestiert ein in sich selber nicht unfehlbarer Akt des ordentlichen päpstlichen Lehramts den unfehlbaren Charakter der Verkündung einer Lehre, die schon im Besitz der Kirche ist.“

## Französische Bischöfe berieten über den Fall Gaillot

Die Herbstvollversammlung der Französischen Bischofskonferenz, die vom 4. bis 10. November des vergangenen Jahres an ihrem traditionellen Ort in Lourdes abgehalten wurde, war mit Spannung erwartet worden. War es doch die erste Vollversammlung nach der als Versetzung getarnten Amtsenthebung des früheren Bischofs von Evreux, *Jacques Gaillot* im Januar 1994. Ihren Statuten gemäß gehört Bischof Gaillot der Bischofskonferenz zur Zeit nicht an. Aber auch eingeladen wurde er nicht nach Lourdes, was in sich noch keine Aussage darüber zuläßt, wie die Bischöfe zu ihrem Mitbruder stehen. Daß es sich ohne einen anwesenden Bischof Gaillot leichter reden ließ, leuchtete ein. Die Stimmung unter den Bischöfen bzw. das, was davon durchsickerte, faßte die katholische Tageszeitung „*La Croix*“ (11.11.95) mit der Bemerkung zusammen, unter den Bischöfen herrsche mehr „brüderliche Besorgnis als Feindschaft“ gegenüber Gaillot. Viele verstünden das „Schweigen Gaillots ihnen gegenüber heute ebenso wenig wie den Lärm früher. Die Bischofs-„Familie“ ist durch die Trennung verletzt“. Der Vorsitzende der Französischen Bischofskonferenz, Erzbischof *Joseph Duval*, griff in seiner Eröffnungsansprache die herrschende Stimmung unter den Bischöfen auf und distanzierte sich von einer „simplen Schwarz-Weiß-Optik“ in bezug auf die Kirche in Frankreich, wie sie sich in den letzten Monaten in der Öffentlichkeit gezeigt habe: „Hier das großzügige, evangeliumstreue Volk und

dort die unnachgiebige und sektiererhafte Hierarchie“. Duval weiter: „Es gibt keine Macht, in der Kirche zu übernehmen. Es gibt nur Sendungen entgegenzunehmen“. Auch nahm er Rom und den Papst in Schutz: „Wer sich vom Bischof von Rom, dem Nachfolger Petri, distanziert, bringt das Leben der Kirche durcheinander und verhält sich nicht konstruktiv.“ Duval habe mit seiner Ansprache, so „*Le Monde*“ (8.11.95), „Muskeln gezeigt“: „Seit langem hat man eine solche Erklärung der Unterstützung für Rom auf einer Vollversammlung in Lourdes nicht gehört.“ Nicht ohne Zusammenhang zu den Beratungen über den Fall Gaillot und der seitdem erst recht schwierigen Lage des französischen Episkopates ist die Tatsache zu sehen, daß man diesmal strikt *hinter verschlossenen Türen* tagte. Medienvertreter waren lediglich beim Besuch des ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel, Bartholomaios I., in Lourdes zugegen. Mit dem Treffen mit den Bischöfen (und protestantischen Kirchenvertretern) in Lourdes begann ein größerer Frankreichaufenthalt des Patriarchen, in dessen Verlauf dieser auch von Staatspräsident *Jacques Chirac* empfangen wurde.

## Lutherisch-katholische Zwischenbilanz der VELKD

Auf ihrer diesjährigen Tagung in Friedrichroda (Thüringen) Mitte Oktober befaßte sich die Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) auch mit dem Stand der lutherisch-katholischen Beziehungen. Als „*Catholica*-Beauftragter“ der VELKD widmete Bischof *Hans-Christiaan Knuth* (Schleswig) seinen Bericht vor allem der Studie über die gegenseitigen Lehrverurteilungen des 16. Jahrhunderts, deren Rezeptionsprozeß in vollem Gang ist, dem Entwurf einer „Gemeinsamen Erklärung zur Rechtfertigungslehre“ von Luthe-

rischem Weltbund und päpstlichem Einheitsrat sowie der Ökumene-Enzyklika „Ut unum sint“ Johannes Pauls II. Knuth sagte zu den Lehrverurteilungen, wenn alle beteiligten Kirchen das Bemühen um ihre Überwindung auf der Grundlage des Studiendokuments und in Fortführung der dazu gegebenen und erwarteten Zustimmung nicht zurücknehmen, habe „die in Christus geschenkte Einheit einen breiten Raum unter uns gefunden“. Auch andere Trennungen zwischen der katholischen Kirche und den Reformationskirchen könnten dann überwunden und geheilt werden. Eine offizielle Annahme der *Gemeinsamen Erklärung über die Rechtfertigungslehre* (der Text ist bislang noch nicht veröffentlicht) soll 1997 erfolgen; die Mitgliedskirchen des Lutherischen Weltbundes sollen bis Januar 1996 ihre Stellungnahmen abgeben. Im Fall einer Zustimmung beider Seiten zur Erklärung über die Rechtfertigungslehre wäre, so Knuth vor der VELKD-Generalsynode, nicht nur ein wichtiger Schritt zur Gemeinschaft vollzogen, sondern auch der weitere Dialog deutlich normiert: „Eine Einigung im Zentrum der Glaubenslehre beider Kirchen schafft auch die Grundlage für Gemeinsamkeiten in den nachgeordneten Fragen des Amtes und der Ordnung.“ Die Generalsynode selber gab in einem Beschluß der Hoffnung Ausdruck, die in der Gemeinsamen Erklärung erzielte Gemeinschaft könne das Vertrauen fördern und „Wege zu einer gegenseitigen eucharistischen Gastbereitschaft“ fördern. Das Urteil von Bischof Knuth zur Ökumene-Enzyklika fiel differenziert aus: Er würdigte die Art und Weise, in der Johannes Paul II. das ökumenische Engagement der katholischen Kirche bekräftigt. Gleichzeitig stellte er kritische Fragen an das *Einheitskonzept* der Enzyklika: „Welches gemeinsame Ziel steuert die Enzyklika für die Gemeinschaft mit den anderen Kirchen an, wenn es bereits eine Kirche gibt, in der die Fülle der Einheit ganz bewahrt ist?“ Es sei an der Zeit, „frühere, sich selbst bestätigende Argumente“ aufzugeben.

### Beitrag der kfd zum Konsultationsprozeß

In einem zehneitigen Text hat das Präsidium der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) Stellung genommen zu der Diskussionsgrundlage für den Konsultationsprozeß zu einem gemeinsamen Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland. Ausdrücklich begrüßt die Leitung des größten deutschen Frauenverbandes dabei den breiten gesellschaftlichen Dialog, der mit dem Konsultationsprozeß angestoßen wurde. Der Text selbst aber wird kritisiert als aus der „Perspektive von Männern“ geschrieben. Dies habe zur Folge, daß die wirtschaftliche und soziale Realität von mehr als der Hälfte der Bevölkerung nicht oder unzureichend beleuchtet werde. Die *Mängelliste* ist umfangreich. Begriffe und Gedanken wie geschlechtsspezifische Arbeitsteilung oder Geschlechterhierarchie kämen erst gar nicht vor, der mit diesen Begriffen bezeichnete strukturelle Aspekt der deutschen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung damit auch nicht oder nur am Rande. In einem endgültigen Text des gemeinsamen Wortes müßten Situation, Sichtweise und die Interessen von Frauen deutlicher berücksichtigt werden und die angesprochenen Probleme auf geschlechtsspezifische Ursachen und Auswirkungen geprüft werden. Gefordert wird weiterhin, daß die Kirchen selbst als Arbeitgeber und Kapitalgeber um einer größeren Glaubwürdigkeit willen sehr viel stärker in den Blick kommen sollten. Bezüglich des zentralen Themas *Arbeit* moniert das kfd-Präsidium unter anderem die Gleichsetzung von Arbeit und Erwerbsarbeit. Gerade in einem kirchlichen Papier wäre es angezeigt, die zentrale Stellung der Erwerbsarbeit als strukturierendes Element der Gesellschaft kritisch zu betrachten. Die Leistungen, die überwiegend von Frauen für Familien- und Hausarbeit erbracht würden, habe der Text ebenfalls höchst unzureichend im Blick. In puncto *Familie* werden die Autoren des endgültigen Textes zu mehr Realitätssinn gemahnt:

Der Entwurf nehme zahlreiche Veränderungen in der Realität von Familien in der Bundesrepublik nicht angemessen wahr. Ausdrücklich wird der Stellenwert des Themas *Armut* sowie zahlreiche Äußerungen und Forderungen in der Diskussionsgrundlage gewürdigt, beispielsweise die Bewertung der Sozialhilfe in diesem Kontext aber als zu positiv abgelehnt. Auch bei der Beschreibung des Armutsrisikos etwa sei eine frauenspezifische Analyse unverzichtbar. Insbesondere aber sollten die Kirchen und mit ihnen die Verbände eine Diskussion um die Kluft zwischen Armen und Reichen in der Bundesrepublik einfordern.

### Pax Christi diskutiert Gewaltfreiheit

Die Diskussion über Bedeutung und Interpretation der Option für Gewaltfreiheit angesichts weltweit entstehender neuer Formen der Gewalteskalation und Kriegen wie dem in Bosnien haben auch die diesjährige Delegiertenversammlung der deutschen Sektion der katholischen Friedensbewegung Pax Christi geprägt. Bereits im Vorfeld der Versammlung des höchsten beschlußfassenden Gremiums der christlichen Friedensbewegung hatte es heftige Auseinandersetzungen gegeben, ausgelöst durch die Stellungnahme des Geschäftsführenden Vorstandes im August dieses Jahres „Wider einen kommentarlosen Pazifismus“ (vgl. HK, November 1995, 574 f.). „Für eine aktive Gewaltfreiheit“ ist jetzt eine von der Delegiertenversammlung verabschiedete Positionsbestimmung betitelt, die betont: „Die Option für Gewaltfreiheit bleibt nach wie vor unverzichtbare Grundlage unserer Bewegung.“ Angesichts menschlicher und gesellschaftlicher Katastrophen in einem Ausmaß wie in Bosnien-Herzegowina halte eine Minderheit in Pax Christi ein begrenztes militärisches Eingreifen für gerechtfertigt, um schutzlosen Menschen zu helfen und damit die größere Gewalt zu verhindern. Die Mehrheit aber sehe im militärischen Eingreifen auch in diesen Fällen kein geeignetes Mittel der Friedenswahrung

und Friedenserzwingung, weil mit militärischer Gewaltanwendung kein gerechter Frieden zu erreichen sei. Im Anschluß an eine Auseinandersetzung mit den vielfältigen Gründen, die allererst eine solche Eskalation der Gewalt

auf dem Balkan möglich gemacht haben, und einen Forderungskatalog für eine „zivile Friedenspolitik“ betont das Positionspapier: Die Option für aktive Gewaltfreiheit habe man immer als Option für die Opfer verstanden. „Wir

müssen erkennen, daß wir, ob wir militärisches Eingreifen ablehnen oder es befürworten, Opfer nicht verhindern können. Vor den Opfern verstricken wir uns in Schuld. Darin sehen wir unsere Grenzen.“

## Bücher

THOMAS SÖDING, Mehr als ein Buch. Die Bibel begreifen. Verlag Herder, Freiburg – Basel – Wien 1995. 448 S. 49,80 DM.

Im Umgang mit der Bibel häufen sich sowohl kirchlich-theologisch wie kulturell die Unsicherheiten. Die Kluft zwischen der hochspezialisierten wissenschaftlichen Exegese und dem „normalen“ Bibelverständnis ist beträchtlich, in der Verkündigung begegnet nicht selten ein ausgesprochen amateurhafter Bibelgebrauch, biblische Bezüge und Anspielungen werden von vielen nicht mehr verstanden. Auf diesem Hintergrund möchte der in Wuppertal lehrende Neutestamentler Thomas Söding die Bibel und ihre Botschaft neu zum Leuchten bringen, was ihm in diesem Buch auch durchweg gelingt. Söding geht dabei so vor, daß er zunächst die Rahmenbedingungen für den heutigen Umgang mit der Bibel knapp skizziert, einen ersten Überblick über das Ganze gibt („Ein Buch aus vielen Büchern“) und dann das Verhältnis von Altem und Neuem Testament behandelt. Die weiteren Kapitel von „Mehr als ein Buch“ sind der inhaltlich-theologischen Erschließung der Schrift gewidmet: Der Bibel als Buch des Lebens, Buch des Glaubens, Buch der Kirche und Buch des Wortes Gottes. Den Abschluß bilden hermeneutische Überlegungen unter der Überschrift „Die Bibel – ein Lese-Buch“. In jedem Kapitel nimmt sich der Autor zuerst signifikante alttestamentliche und neutestamentliche Texte vor und macht an ihrer Auslegung Grundstrukturen und -elemente

des biblischen Verständnisses von Gott, Mensch und Welt deutlich. Dabei ist immer die ganze Bibel im Blick und wird gleichzeitig das Gespräch mit dem Gegenwartsbewußtsein gesucht. Zu diesem Zweck zieht Söding an vielen Stellen Zeugnisse aus der modernen Literatur und Philosophie heran. Das Buch ist ausgesprochen lesbar und interessant geschrieben, verzettelt sich nicht in Einzelheiten, sondern hat immer die ganze biblische und damit christliche Botschaft im Blick und arbeitet das unverwechselbare Profil dieser Botschaft klar und einladend heraus. *U. R.*

GHISLAIN LAFONT, Imaginer l'Église catholique. Les Éditions du Cerf, Paris 1995. 286 S., 150,- FF.

Bücher, in denen Zeitgenossen ihr Mißfallen über die kirchliche Entwicklung zum Ausdruck bringen, gibt es zuhauf. Auch Kirchenträume(r) haben Konjunktur. Das vorliegende Buch des Benediktiners Ghislain Lafont fügt dieser Gattung kein weiteres hinzu, sondern setzt anders an. Seine Vorstellungen von einer erneuerten Kirche verankert der Autor in einer weiten, historisch und theologisch reflektierten Schau der kirchlichen Entwicklung. Den fälligen Umbruch in der Kirche geht Lafont nicht nur aus binnenkirchlicher Sicht an; er sieht ihn eng verknüpft mit der Krise der Moderne. Nicht weniger als die Ablösung eines „gregorianischen Kirchentyps“ durch eine neue Gestalt von Kirche steht für ihn an. Das überholte Kirchenmodell

war für Lafont eng verbunden mit den Bedingungen einer anderen Kultur, einem anderen Verhältnis von Glaube und Vernunft, von Kirche und Politik. Nun komme es darauf an, das Glaubensgeheimnis in dem ambivalenten und schwierigen Kontext von heute zu inkarnieren: „Die mystische, juristische und politische, sich dem Neo-Platonismus verdankende Vorstellung von einer exklusiven Einzigartigkeit (ein einziger Gott, ein einziger Christ, ein einziger Papst, ein einziges Priestertum)“ habe der Kirche als Gerüst für die Interpretation des Geoffenbarten gedient. „Dieses Konzept muß einer weiter gefaßten, weniger monolithischen Kriteriologie weichen.“ Die Zielperspektive umschreibt Lafont mit „Kirche als strukturierter Gemeinschaft“. Das Geschenk Jesu schlechthin an seine Kirche, der Heilige Geist, sei beim Versuch des Konzils, zu einer veränderten Ekklesiologie zu kommen, vernachlässigt worden. Lafont buchstabiert das Kirchenverständnis des Konzils mit Hilfe einer „Theologie des Geistes in der Kirche“ neu durch. Im Ergebnis erreicht die institutionelle Seite der Kirche ein größeres Maß an Leichtigkeit, an innerer Flexibilität, sich auf unterschiedliche Kontexte einzustellen. Das Buch ist ein interessanter, eigenständiger Versuch, ein Thema aufzugreifen, dem sonst eher der Ruf anhäftet, sich in kurzatmigen Forderungskatalogen und Augenblicksprotesten zu erschöpfen. Die Vision von einer anderen Kirche wird auf diesem Hintergrund zwingender, der Leser gewinnt aber auch, was ihre Realisierung angeht, mehr Gelassenheit. *K. N.*